

# Bei Störenfrieden hört die Integration in den Schulen auf

Vor zehn Jahren trat das Sonderpädagogik-Konkordat in Kraft. Mit dabei: Baselland und Basel-Stadt. Sie haben sich verpflichtet, alle Kinder, egal ob behindert, lernschwach oder verhaltensauffällig, in die Regelschule zu integrieren. Besonders im Stadtkanton kommt das System an den Anschlag.

Leif Simonsen

«Für alle!» lautet der Titel des detailliertesten Buchs über die Geschichte der Basler Volksschule. Der Autor Pierre Felder, selbst erster Leiter der Volksschulen im Basler Erziehungsdepartement, beschreibt darin, wie die Basler Schulen diesem Imperativ jahrhundertlang nicht nachkamen. Im 18. Jahrhundert etwa war der Schulunterricht ganz im Gegenteil – für wenige. Nur die Kinder aus den reicheren Familien durften in die Schule, weil die ärmeren das Schulgeld nicht aufbringen konnten. Wer ganz privilegiert war, der leistete sich für seine Kinder einen Privatlehrer, damit sie nicht mit dem «verderblichen Gesindel» der Unterschicht in Kontakt kamen. Mädchen gingen häufig gar nicht zur Schule. Da diese später ohnehin keine herausfordernden Berufe annahmen, galt die Schulbildung als unnötig. Und der Pfarrer war derjenige, der entschied, ob ein Kind bildungsfähig ist. Behinderte wurden privat oder in einer Einrichtung betreut und mussten oder durften nicht in die Schule – der Kanton leistete ab 1929 Fürsorgebeiträge für deren Unterbringung in Anstalten. Auch die Fremdsprachigen wurden ausgegrenzt. Die Schulen mussten sie Anfang 20. Jahrhunderts nicht aufnehmen.

Erst seit 1960 gilt in Basel-Stadt de facto Bildung für alle. Separiert wurde allerdings systematisch weiter: Behinderte und Schwererziehbare gingen in Sonderschulen, Kinder mit Lernbehinderungen oder Verhaltensauffälligkeiten in die Kleinklassen. Separation wurde eine Basler Spezialität. Über zehn Prozent der Kinder besuchten in den 90er-Jahren eine Kleinklasse oder die Sonderschule. Schweizweit war Basel Spitzenreiter. Felder erinnert sich an einen Basler Schüler, der jeden Tag auf Staatskosten mit dem Taxi nach Zürich in die Sonderschule gefahren wurde. Es war dies wohlgemeint: Der Schüler, der offenbar eine spezifische Behinderung aufwies, sollte ein massgeschneidertes Umfeld in Anspruch nehmen können. In Tat und Wahrheit waren solche Lösungen nichts als «seelische Grausamkeiten» für die betroffenen Kinder, wie Felder sagt. Sie wuchsen als Aussenseiter auf und fanden den Anschluss in der Nachbarschaft nicht.

Gegen diese Auswüchse begann sich in den 90er-Jahren, Kritik zu regen: Ehemalige Kleinklässler wurden stigmatisiert und waren oft chancenlos auf dem Arbeitsmarkt. Doch ein Teil der Lehrer stellte sich anfangs gegen Reformen quer: Die Kleinklassenlehrer opponierten 1997 erfolgreich gegen die Aufhebung des Kleinklassenrekords, die

Regelklassenlehrer äusserten Skepsis gegen die Integration der Behinderten und der Verhaltensoriginellen, wie sie damals genannt wurden. Jahre später wendete sich das Blatt. In keinem anderen Kanton sollte die Integrative Schulung so reibungslos über die Bühne gehen wie im Stadtkanton. Dies unter anderem, weil ein «sanfter Übergang» gewährleistet wurde, wie der damalige Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) heute sagt. Es war in der Tat kein Kaltwasserstart: Erste Integrationsklassen gab es 1998 im St.-Johann-Schulhaus. Und die letzte Kleinklasse wurde erst im Schuljahr 2014/15 aufgelöst.

## Eymann profitierte von der Unzufriedenheit der Lehrer

Es ist genau zehn Jahre her, dass sich Baselland und Basel-Stadt mit dem Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat verpflichteten, möglichst alle zu integrieren. Kinder aller Geschlechter, Ausländer, Behinderte oder Verhaltensauffällige sollen im gleichen Klassenzimmer unterrichtet werden. Eymann galt genauso wie sein Baselbieter Amtskollege Urs Wüthrich (SP) als grosser Befürworter der Integrativen Schulung. Wüthrich stiess aber mit seinen Plänen auf bedeutend grösseren Widerstand als Eymann. Der ehemalige städtische Erziehungsdirektor sagt rückblickend, dass ihm «die latente Unzufriedenheit der Basler mit ihrem damaligen Schulsystem» in die Karten gespielt habe bei der Reform. Das System der Orientierungsschule sowie der darauffolgenden Zweiklassengesellschaft der Weiterbildungsschüler und Gymnasiasten konnte selbst durch Flickwerk wie verbesserte Berufswahlvorbereitung oder die Erhöhung des Etats für Matheunterricht in der Weiterbildungsschule (WBS) nicht gerettet werden. In Baselland hingegen waren die Lehrerinnen und Lehrer zufrieden gewesen, niemand hatte die Schulreform angestrebt. Die Schulen standen im Ruf, qualitativ hochstehend zu sein.

Wüthrich hatte zudem einen bedeutend schlechteren Draht zu den Lehrern als Eymann. Er gab klar zum Ausdruck, dass er deren Stöhnen über die zusätzliche Belastung bei der Integration für ungerechtfertigt hielt. Eymann hingegen verschaffte sich bei der Lehrerschaft Respekt, indem er versicherte, die Aufhebung der Kleinklassen nicht zur Sparübung werden zu lassen. Den Regelklassenlehrern sollten für die integrierten Schülerinnen und Schüler genügend Heilpädagogen, Logopäden und Therapeuten zur Seite stehen. Keine einfache Aufgabe. «Gerade Anfang der Nullerjahre hatten wir den Auftrag zu sparen», sagt Eymann. Auch regierungsintern habe er gegen Widerstände

kämpfen müssen. Zudem habe man sich anfangs ans neue System rantasten müssen: Besonders für die Verhaltensauffälligen haben man schnell so genannte «Time-out»-Lösungen etablieren müssen. Diese Modelle ermöglichten, dass schwierige Kinder für eine überschaubare Dauer aus dem Regelunterricht genommen werden konnten – um danach wieder in die alte Klasse zurückzukehren. Davon ist der heutige LDP-Nationalrat Eymann bis heute überzeugt. «Ich beziehe mich jetzt auf die Aussagen von Fachexperten, wenn ich sage, dass solche psychologische Störungen und Probleme meist temporär sind», sagt er. Das könnte den Lebensumständen geschuldet sein – Kinder, die gerade die Scheidung der Eltern durchlebten oder einen Todesfall betrauereten.

## Körperlich Behinderte sind gut integrierbar

Die anfängliche Freude über die gelungene Schulreform ist in den vergangenen Jahren aber gewichen, auch in Basel-Stadt sind viele Lehrerinnen und Lehrer der Meinung, dass die Arbeitslast zu hoch geworden sei. Jean-Michel Héritier etwa, Präsident der Freiwilligen Schulsynode, sagt zwar, dass die Lehrerinnen und Lehrer die Integration «grundsätzlich» befürworteten. Doch in der jüngeren Vergangenheit sei die Zahl derjenigen, die den Unterricht erschwerten, stark gestiegen. Die Rede ist in erster Linie von den Verhaltensauffälligen, aber auch von Schülerinnen und Schülern, die oft nicht die benötig-

«Es war die richtige Entscheidung, diesen Weg zu gehen.»

Simon Thiriet  
Sprecher Erziehungsdepartement

te Unterstützung bekämen. Mittlerweile gebe es Wartelisten, der Kanton komme nicht damit nach, die nötigen Angebote für die Kinder mit den besonderen Ansprüchen zur Verfügung zu stellen. Grund ist unter anderem, dass die Diagnosen von Krankheiten, welche bis vor kurzem kaum bekannt waren, zugenommen haben. So hat sich die Zahl der Kinder mit Autismus-Spektrum-Störungen in den vergangenen fünf Jahren verdreifacht – diese korrekt zu unterrichten, ist hoch komplex.

Weniger ins Gewicht fällt die Integration körperlich Behinderter wie beispielsweise Rollstuhlfahrer oder Blinder. Diese Feststellung macht auch der Kanton Baselland, wie Fabienne Romanens der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion bestätigt. Es habe sich hingegen gezeigt, dass die soziale Akzeptanz für Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten oder kognitiven Beeinträchtigungen geringer sei.

## Forderung nach der Einführung von Kleinklassen wird lauter

Rund 470 Schülerinnen und Schüler werden heute im Kanton Baselland separativ beschult – das sind ungefähr halb so viele wie vor dem Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat vor zehn Jahren. Die Kleinklassen gibt es hier immer noch, während sie Basel-Stadt ganz abgeschafft hat – dies als einziger der 16 Kantone, die dem Konkordat angeschlossen sind. Doch der Egalitätsgedanke bröckelt. Der Druck seitens der Lehrer wächst, die separativen Angebote wieder einzuführen. Das Erziehungsdepartement musste bereits die Übergangsklassen wieder einführen, welche den unreifen Kindergärtern ein zusätzliches Jahr Vorbereitung auf die Primar ermöglichen.

Parteilpolitisch unabhängig mehrten sich auch die Stimmen, die wieder vermehrt separieren wollen. Linke, weil sie sich für die überlasteten Lehrer einsetzen. Und Rechte, weil sie sich um die Leistungsfähigkeit der guten Schüler sorgen, welche von den Integrationsschülern abgelenkt würden. Die FDP-Bildungspolitikerin Martina Bernasconi konnte auf breiten Rückhalt zählen, als sie im Parlament einen Vorstoss mit dem Titel «Aufhebung des Kleinklassenverbots» einreichte: Die Regierung lehnt die Motion mit der Begründung ab, man führe heute statt Kleinklassen heilpädagogisch geführte Klassen. Diejenigen Schüler, die früher in eine Kleinklasse eingeteilt worden waren, seien hier gut aufgehoben. Für Schülerinnen und Schüler mit kognitiven Beeinträchtigungen eigneten sich die Kleinklassen ohne-



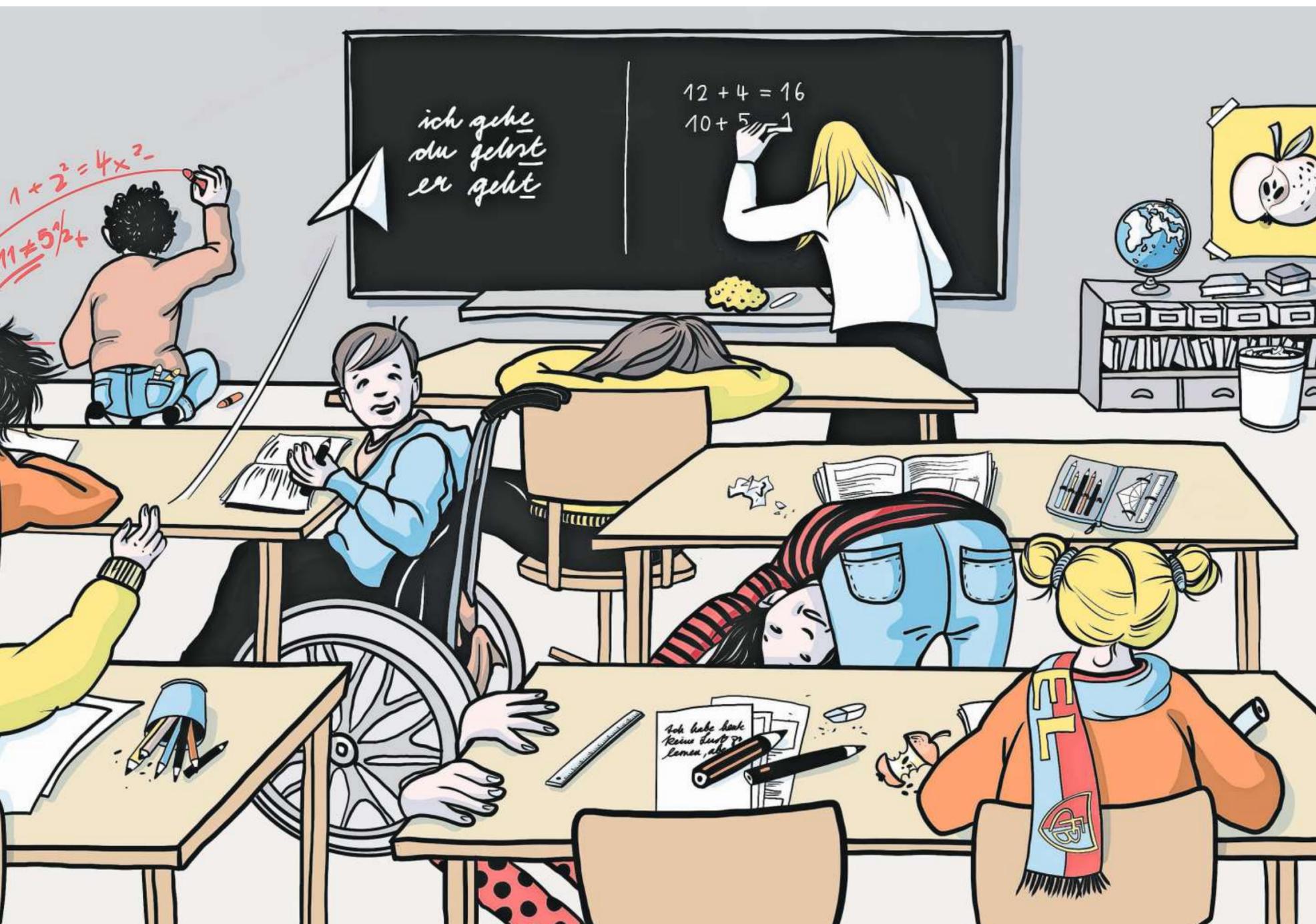
Die Integrative Schule der beiden Basel verfolgt d

hin nicht. Für die Sorgen der Lehrer in Bezug auf die verhaltensauffälligen Schüler zeigt der Regierungsrat allerdings Verständnis: Es herrsche «Handlungsbedarf», was Angebote für verhaltensauffällige Kinder angehe – spätestens in zwei Jahren, so die Regierung in ihrer Stellungnahme zum Bernasconi-Vorstoss, wolle sie über eine Weiterentwicklung der heilpädagogisch geführten Klassen berichten.

## Abschied vom einstigen Ideal der allumfassenden Integration

Auf Nachfrage bekräftigt der Basler Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP), dass er vom Weg der Integration überzeugt ist. Das belegen die Zahlen: Unter ihm ist die Zahl derjenigen Kinder, die integrativ unterrichtet werden, gestiegen. Waren zum Zeitpunkt des Beitritts zum Sonderschulkonkordat 27 Prozent der Kinder mit Behinderungen oder Lernschwierigkeiten in die Regelschule integriert, so sind es jetzt bereits 61 Prozent. Viele Sonderschulen sind seither geschlossen worden. «Es war eine bildungspolitisch und auch sonderpädagogisch richtige Entscheidung, diesen Weg zu gehen», heisst es von Seiten des Erziehungsdepartements.

Vom Ideal, wonach irgendwann alle Kinder gemeinsam die Schulbank drücken werden, haben sich aber mittlerweile die meisten Lehrer, Bildungsexperten und Politiker verabschiedet. Die Integration, so heisst es heute, sei anzustreben, «aber nur wenn möglich». Was das bedeutet, darüber werden die Meinungen auf unabsehbare Zeit auseinandergehen.



Das Ziel, möglichst alle Kinder in die Regelklassen zu integrieren – viele Lehrpersonen sind damit überfordert. Sie verlangen vermehrt separate Angebote.

Illustration: Dinah Wernli-Matter

## «Irgendwann ist das Feuer in den Regelklassen zu gross»

Im Baselbiet gibt es weiterhin Kleinklassen. Ein Muttenzer Lehrer glaubt, dass separativer Unterricht wieder wichtiger wird.

Dieser Mann weiss, wovon er spricht: Robert Christener unterrichtet seit mehr als 20 Jahren in Kleinklassen. Zurzeit ist der 55-jährige Lehrer einer 6. Klasse an der Primarschule Muttenz. Der Primarlehrer bildete sich zum schulischen Heilpädagogen weiter und betreut zusammen mit einer Zweitlehrperson maximal 13 Kinder. In den vergangenen Jahren leistete er aber auch Einsätze in Regelklassen. Dies im Rahmen der Integrativen Schulungsform (ISF), bei der ein Heilpädagoge einzelne Kinder einer Regelklasse während zwei bis vier Lektionen pro Woche und Schüler gezielt mitbetreut. Er kennt also beide Welten, integrativ wie separat.

«Integration ist per se ein tolles Wort. Wer möchte sein Kind schon nicht integrieren?», sagt Christener beim Gespräch mit der «Schweiz am Wochenende», nur um anzufügen: «Immer wieder bleibt es aber ein Wunschtraum.» Sozial könne die Integration gelingen, doch häufig reiche die schulische Unterstützung nicht aus. Würden verhaltensauffällige oder lernschwache Kinder in eine Regelklasse integriert, kämen heute je nach Situation mehrfach Heil- oder Sozialpädagogen, Logopäden oder Audiopädagogen in den Unterricht. «Diese Art Störfelder nehmen zu, sie bringen Unruhe», so

Christener. Mit zunehmenden Alter und Leistungsdruck würden sich überforderte Kinder dann immer stärker wehren, bei nichts mehr mitmachen oder aktiv den Unterricht stören. «Das möchte man natürlich vermeiden, aber in einer grossen Klasse sind solche Probleme schwierig aufzufangen.»

### Auch in Integrationsklassen werden Schüler teils separiert

In Integrationsklassen (IK) funktionieren die Integration wohl besser als beim ISF-Modell, so Christener. In IKs werden innerhalb einer Regelklasse drei bis fünf Schüler mit Behinderung gruppenweise unterrichtet und speziell gefördert. Wenn es nötig ist, kann auf verschiedene Räume ausgewichen werden. In Muttenz steht denn auch jeder IK fix ein zweites Schulzimmer zur freien Verfügung. «So gesehen finde ich IKs ein tolles Modell, da sich ein Heilpädagoge zusammen mit einem Praktikanten falls nötig in einem separaten Raum um maximal fünf Schüler kümmern kann», sagt Christener. Ob dies der Sinn einer IK sei, dann eben doch wieder zu separieren, sei eine andere Frage.

Integration um jeden Preis ist für den erfahrenen Lehrer der falsche Weg. Am Ende müsse es für das Kind, die ganze Klasse, die Eltern und die Lehrer

stimmen. Dass erst vergangenen Sommer das Baseler Bildungsgesetz im Bereich Sonderpädagogik angepasst wurde und explizit den integrativen Unterricht priorisiert, verunsichert

### «Würden Kleinklassen aufgelöst, würde das die anderen Klassen sprengen.»



Robert Christener  
Kleinklassenlehrer Primar Muttenz

Christener nicht, zumal Kleinklassen weiterhin erwähnt seien. «Kleinklassen werden in Baselland nicht aussterben. Ich glaube, dass der Ruf nach ihnen sogar wieder stärker wird.»

### Eltern wehren sich zuerst, seien dann aber oft erleichtert

Weshalb dem so sein könnte, zeige ihm der Schulalltag. «Kürzlich wurde ein Schüler zu mir versetzt, weil er in der Regelklasse nur noch störte, sich regelrecht renitent verhielt. Bei mir fühlte er sich wohler und motivierter. Er fand wieder den Zugang zum Lernen und organisiert nun ganz alleine eine Führung durch Basel für die ganze Klasse», erzählt Christener. In einer Kleinklasse sei es eben viel familiärer und die Kinder bauten eine starke Beziehung zur Lehrperson auf. Gleichzeitig reduziere die Kleinklasse den Leistungsdruck, da der Lehrer in Eigenkompetenz von den Lernzielen abweichen und die Kinder individuell fördern kann.

Der mit jedem Schuljahr zunehmende Druck ist es denn auch, den Christener für viele Probleme verantwortlich macht. So seien die Kleinklassen der unteren Stufen oft nur zu zwei Dritteln gefüllt, jene der fünften und sechsten Primar dann mit 13 Plätzen voll besetzt. «Die Probleme der Kinder

stauen sich an. Irgendwann ist das Feuer in den Regelklassen dann zu gross», sagt er. Diese Tendenz hätte sich in den vergangenen Jahren verstärkt. Der Muttenzer weiss: Niemand schickt sein Kind anfangs gerne in eine Kleinklasse, oft wehren sich Eltern lange. Über Einführungsklassen, fächerspezifischen Förderunterricht oder ISF werde erst alles ausgeschöpft. «Ist das Kind dann doch in der Kleinklasse angelangt, spüre ich an den Elterngesprächen oft grosse Erleichterung, weil sie sehen, wie es hilft. Das tut dann auch mir gut.»

Christener wehrt sich gegen das Vorurteil, dass Kleinklassenschüler praktisch schon als spätere IV-Bezüger feststehen. «Sie haben sicher oft schulische Schwierigkeiten. Doch viele schaffen es, eine Ausbildung zu absolvieren und danach in einen Arbeitsprozess einzutreten.» Im Sekundarniveau A sei das System sehr durchlässig und immer wieder würden Schüler wieder in eine Regelklasse integriert.

Christener glaubt noch aus einem anderen Grund an den Fortbestand des separativen Unterrichts: «Kleinklassen können die Probleme nicht alleine lösen. Aber würden sie aufgelöst, würde das die Regelklassen sprengen.»

Michael Nittaus